

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXII 2–2006

REGIONALE INTEGRATION Tendenzen und Alternativen

Schwerpunktredaktion: Joachim Becker
Karen Imhof
Oliver Schwank

mandelbaum *edition südwind*

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten

Redaktion: Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortlich), Margit Franz, Inge Grau, Irmi Maral-Hanak, Franziska Herdin, Karen Imhof, Johannes Jäger, Bettina Köhler, Franz Kolland, René Kuppe, Bernhard Leubolt, Barbara Nothegger, Andreas Novy, Christof Parnreiter, Petra Purkharthofer, Kunibert Raffer, Anselm Skuhra

Board of Editors: Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Pia Lichtblau

Umschlaggestaltung: Pia Lichtblau

Inhaltsverzeichnis

- 4 Editorial
- 11 JOACHIM BECKER
Metamorphosen der regionalen Integration
- 45 OLIVER SCHWANK
Regionale Integration und Polarisierung: Die *Southern African Development Community*
- 68 EDUARDO GUDYNAS
Von weicher Integration und hartem Handel zu autonomem Regionalismus
- 90 INGRID EL MASRY
Von der Einheit zur Zersplitterung?
Die arabische Integration im Spannungsfeld historischer und internationaler Rahmenbedingungen
- 110 Rezension
- 114 Schwerpunktredaktion, Autorinnen und Autoren
- 117 Impressum

EDUARDO GUDYNAS

Von weicher Integration und hartem Handel zu autonomem Regionalismus

Die Diskurse über die lateinamerikanische Integration haben Konjunktur. Sie fassen diese primär als wirtschaftliche Abkommen auf und vergessen kritische Themen, die diesen Prozess konditionieren, wie Veränderungen in den kulturellen Normen oder das Erbe der neoliberalen Reformen. Da diese Dimensionen vergessen werden, erleben wir eine „weiche Integration“, die politisch ohne Rückgrat bleibt. Ein neues regionales Programm muss diese vergessenen Themen aufgreifen und somit in Erinnerung rufen, dass die Integration nicht allein eine kommerzielle Herausforderung ist, sondern einer politischen Rekonstruktion von Gesellschaften bedarf, die sich substantziell verändert haben.

Die Integrationsprozesse in Lateinamerika sind in eine paradoxe Situation eingebettet. Einerseits hat das Plädoyer für eine immer stärkere und stabilere Union zwischen den Ländern an Terrain gewonnen und wird ständig von den politischen Tribünen verkündet. Andererseits gelingt es nicht, diese tiefere Integration durch effektive Maßnahmen auch zu konkretisieren. Die Handelskonflikte wiederholen sich immer wieder, das Phantasma eines primitiven Nationalismus zeigt sich von Zeit zu Zeit und konkrete Alternativen bleiben schemenhaft.

Die konventionellen Analysen betonen die kommerziellen und wirtschaftlichen Aspekte, wie zollpolitische Maßnahmen. Aber die dort gestellten Fragen treffen nicht den Kern der Probleme der regionalen Integration. Die lateinamerikanische Integration ist nicht allein eine Handelsangelegenheit und kann nicht allein aus wirtschaftlicher Sicht analysiert werden, sondern ist in Wirklichkeit Ausdruck politischer Faktoren. Einige von diesen werden in diesem Beitrag behandelt, speziell oft übersehene oder fehlinterpretierte Aspekte. Zu diesen zählt die These der „Niederlage“ des Neolibe-

ralismus, obwohl fast alle vorgeschlagenen Reformen umgesetzt und neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen geschaffen wurden. Zu diesen gehören auch die Ergebnisse der neuen Regierungen, die sich selbst als „progressiv“ definieren, aber denen es bisher nicht gelang, Alternativmaßnahmen in der Wirtschafts- und Handelspolitik konkret umzusetzen. Das Aufgreifen dieser übersehenen Themen bringt das Fortbestehen von wirtschaftlichen Konditionierungen und rigiden Handelsstrategien zum Vorschein, während die Integrationsvorhaben unpräzise sind, mit sehr variablen Absichtserklärungen bedacht werden und somit sehr unterschiedliche Visionen beinhalten, die kaum eine Konkretisierung erfahren.

1. Jüngste Schritte der Integration

Seit Mitte der 1980er Jahre haben die Integrationskonzepte, die in lateinamerikanischen Ländern erprobt wurden, einen Veränderungsprozess erfahren. Im Gefolge der wirtschaftlichen und politischen Krise hat sich die internationale Position verschiedener Länder geändert. Beispielsweise hat sich die Konkurrenz um eine regionale Führungsposition abgeschwächt (Kolumbien hat seine Aufmerksamkeit auf die inneren Konflikte konzentriert und hat noch engere Bande mit den USA geschaffen, Mexiko schritt zu einer funktionalen Bindung seiner Ökonomie mit den USA, und Argentinien begann eine harte neoliberale Reform). Die Integrationspolitik ging nun in zwei Richtungen: Einerseits in Richtung einer Neuformulierung alter Abkommen und andererseits in Richtung der Schaffung neuer Initiativen. Im ersten Fall sind Abkommen mit einer langen Geschichte wie die *Comunidad Andina de Naciones* (CAN) oder der *Mercado Común Centroamericano* modifiziert worden. Dies wurde oft als ein „Neubeginn“ präsentiert. Doch wurden dabei in Wahrheit Abstriche bei den politischen Aspekten gemacht und die kommerziellen Aspekte akzentuiert. Im zweiten Fall sind herausragende Beispiele die Schaffung des *Tratado de Libre Comercio de América del Norte* (TLCAN, englisch als NAFTA abgekürzt) und der *Mercado Común del Sur* (Mercosur).

Auf geopolitischer Ebene spielen die USA weiterhin eine überragende Rolle bei der Konditionierung und Modifizierung der regionalen Agenda – sowohl über diplomatische Mittel als auch über wirtschaftliche Instrumen-

te oder sogar über direkte Interventionen. Auf diese Ebene treiben die USA eine Strategie voran, welche den Multilateralismus aufgibt, um sich auf unilaterale Positionierungen zu verlegen (dies wird beispielsweise auch bei Themen des internationalen Handels deutlich, wo sie Freihandelsabkommen den Vorzug vor globalen Verhandlungen in der Welthandelsorganisation geben; Gudynas 2004). Die von Washington gewünschten Handelsbeziehungen sind asymmetrisch. Sie zielen auf den Marktzugang in den Ländern Lateinamerikas, während die USA den Schutz einheimischer Sektoren beibehalten (z.B. bei der Landwirtschaft) und sie setzen sowohl die Kapitalverkehrsfreiheit als auch Regulierungen in Bereichen wie Patenten und Schutz von Konzernen durch. Das Projekt einer *Área de Libre Comercio de las Américas* (ALCA) ist auf eine Vertiefung dieses Wandels vermittelt einer Ausweitung eines Abkommens vom NAFTA-Typ auf den Rest des Kontinents ausgerichtet. Diese Vision des „Freihandels“ ist auch mit der US-Strategie der nationalen Sicherheit verbunden (siehe US 2002).

Auf wirtschaftlicher und kommerzieller Ebene sind die Integrationsversuche gleichfalls durch die periphere und untergeordnete Position der lateinamerikanischen Länder begrenzt (siehe Arrighi 1998; Martins 2005). Die produktive Struktur weist einen hohen Anteil der Rohstoffextraktion bei der Wertschöpfung und bei den Exporten auf. Die Länder sind hier Preisnehmer und damit sehr empfindlich gegenüber dem Auf und Ab der globalen Märkte. In fast allen Ländern sind neoliberale Reformen vorangetrieben worden, welche die wirtschaftlichen Optionen beschränken und die möglichen Varianten bei der Integration konditionieren. Beispielsweise wurden staatliche Unternehmen privatisiert, Handel und Kapitalverkehr liberalisiert, wurde die Transnationalisierung der Wirtschaft vorangetrieben und Auslandsinvestitionen eine substanzielle Rolle beigemessen.

Die privatisierten Staatsunternehmen endeten in Händen einer kleinen Zahl transnationaler Konzerne, die in den meisten Fällen der regionalen Integration indifferent oder ablehnend gegenüber stehen. In einigen wenigen Fällen, vor allem im *Cono Sur*, festigten sie eine grenzüberschreitende Produktionsabstimmung, indem sie einige Produktionsknoten auf regionaler Ebene schufen. In diesem Prozess wurden einige wenige Filialen beibehalten, während die übrigen mit dem entsprechenden Beschäftigungseffekt geschlossen wurden (beispielsweise wurden im Automobilsektor ein oder zwei

Produktionsstätten beibehalten, von denen aus der gesamte Mercosur beliefert wird, während die übrigen geschlossen wurden).

In vielen Fällen erfolgte eine De-Industrialisierung, die mit einem Verlust an formellen Arbeitsplätzen einherging, weitete sich die Informalität aus und nahm die Armut zu, die einen enormen Anteil der lateinamerikanischen Bevölkerung trifft. Obgleich die Ausfuhren wuchsen, wurde kein qualitativer Sprung bei der Industrialisierung erreicht. In vielen Ländern akzentuierte sich das Profil als Exporteur von Rohstoffen sogar noch. Gleichzeitig nahmen die Einfuhren zu; damit stiegen die Handelsbilanzdefizite an. Hinzu kam das erneut steigende Gewicht der Auslandsschuld (vgl. Birch/Haar 2000; CEPAL 2001; Martins 2005).

Man darf auch nicht vergessen, dass sich die Akteure, welche in die Debatte um die regionale Integration einbezogen sind, ebenfalls geändert haben. Die wirtschaftliche Transnationalisierung bedeutete einen erheblichen politischen Machtverlust für einen Teil der traditionellen Repräsentanten des nationalen Unternehmertums, an deren Stelle die Manager ausländischer Konzerne traten. Die Entpolitisierung und demokratische Delegation führten zu einer geminderten Rolle der Parlamente, der lokalen Regierungen und auch der Gewerkschaften. Damit weitete sich das öffentliche Informationsdefizit aus und verarmte auch die Diskussion über die regionale Einbindung.

Das politische Leben in vielen Mitgliedsstaaten der *Comunidad Andina de Naciones* und des Mercosur verschob sich in Richtung einer „delegativen Demokratie“ (siehe zum Konzept O'Donnell 1997) mit einem ausgeprägten Präsidialismus, zuweilen mit autoritärer Tendenz, einer Schwächung der parlamentarischen Instanzen und einer Erosion der Mechanismen staatsbürgerlicher Beteiligung. Zu beobachten war dies beispielsweise bei der Präsidentschaft von Alberto Fujimori in Peru oder von Carlos Menem in Argentinien. Selbst im Fall des Mercosur erstarrte die Entwicklung in einem intergouvernementalen Abkommen, in dessen Rahmen die „Präsidentengipfel“ über eine Vielzahl von Themen zu entscheiden haben. Die Unfähigkeit zur Formulierung regionaler produktiver Politiken findet einen besonders prägnanten Ausdruck im Fehlen einer gemeinsamen Agrarpolitik sowohl in der CAN als auch im Mercosur, obwohl dies ein Schlüsselsektor sowohl im Hinblick auf die Produktion als auch auf den Export eines jeden Mitgliedslandes ist. Weiters wurden auch Handelsabkommen „ohne Poli-

tik“ - wie im Fall der Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen Bolivien und Chile - ins Auge gefasst. Diese beiden Länder haben keine diplomatischen Beziehungen, scheinen aber bereit, auf rein kommerziellem Gebiet Bindungen einzugehen.

Staatliche Akteure, die ein Gewicht auf die Ausrichtung der regionalen Integration legen könnten, verloren ebenfalls an Einfluss. Verschiedene staatliche Agenturen, die eine Schlüsselrolle beim Entwurf von Entwicklungspolitiken hatten, wurden aufgelöst, das Konzept der Planung verblasste. Ohne eine klare Entwicklungsstrategie auf nationaler Ebene war es noch schwerer, auf regionaler Ebene gemeinsame Pläne miteinander abzustimmen.

Die aktuell bestehenden Integrationsformen erlaubten es nicht, diesen Niedergang zu stoppen oder umzukehren. Im Fall der NAFTA akzentuierte sich die Handelsabhängigkeit Mexikos von den USA noch weiter. CAN und der *Mercado Común Centroamericano* vermochten sich nicht politisch zu festigen und laufen Gefahr, im Gefolge des Abschlusses von Handelsabkommen praktisch aller ihrer Mitglieder mit den USA noch weiter geschwächt zu werden. Der Mercosur vermochte die ALCA-Initiative zum Halten zu bringen. Die Versprechungen einer Konkretisierung der Zollunion und einer Vertiefung des Raumes für gemeinsame Politiken wurden aber nicht eingelöst. Es ist offensichtlich, dass diese Handelsblöcke sich voneinander deutlich unterscheiden. Auch wenn man diese Unterschiede zwischen den derzeit bestehenden regionalen Organisationen nicht vergessen darf, ist doch zu sehen, dass - jenseits aller Diversität - keine dieser regionalen Prozesse den konstanten Rückstand der Region im globalen Handel stoppen konnte, in den großen Krisen eine gemeinsame Antwort fand und ihre inneren Probleme nicht überwunden hat. Es ist auch klar, dass das Potenzial der verschiedenen Verträge, die eine oder andere Art der Integration voranzubringen, unterschiedlich ist. Und ohne diese Optionen ad acta zu legen, ist es wichtig festzuhalten, dass die Möglichkeiten nicht in angemessener Art ausgenutzt wurden, die Verantwortlichkeiten, sie voranzutreiben, nicht wahrgenommen wurden und niemand zum Tragen der Kosten bereit ist.

2. Diffuse Konzepte, disparate Praktiken

Trotz all dieser Probleme findet die Idee der regionalen Integration nach wie vor Unterstützung. Die wichtigsten Vorläufer beriefen sich auf das Bild der „Einheit“ Lateinamerikas, aber im Unterschied zur heutigen Zeit, in welcher der kommerzielle Aspekt betont wird, stand in der Vergangenheit ein starkes politisches Element im Vordergrund. Dies war Antwort auf nationale Forderungen, entsprang aber auch einer Suche nach alternativen Formen, wie man sich der Welt gegenüber präsentieren wollte. Die Verbindung zwischen Ländern entsprach also nationalen Entwicklungsstrategien und bestimmten Zielsetzungen im Hinblick auf globale Einflussnahme (siehe Devés Valdés 2003).

Die Bezüge auf die „lateinamerikanische Einheit“ sind geblieben, doch ihre Inhalte haben sich mit der Propagierung einer kommerziellen Vision in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts substanziell gewandelt. Das sicherlich bezeichnendste Beispiel für den konzeptuellen Zugang dieser Jahre war das Konzept eines „offenen Regionalismus“ der *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL 1994), das Integration als einen vornehmlich kommerziellen Prozess verstand, der vor allem auf Zollsenkungen und Öffnung der nationalen Märkte gegründet wäre. Es ging nicht allein um Liberalisierung innerhalb der Region, sondern im weltweiten Maßstab. Hier wurde vorausgesetzt, dass die konventionellen Wettbewerbsmechanismen eine Verbesserung der Exportkapazität ermöglichen.

Die Ideen der CEPAL waren funktional für die Marktreformen und wiesen damit verschiedene „politische Leerstellen“ auf: Sie ignorieren die internationale Politik (somit diskutieren sie weder die regionale Geopolitik noch die Konflikte über Sicherheitsfragen); sie diskutieren nicht in angemessener Weise die Entwicklungsstrategien aus regionaler Perspektive; auch die vergessene Frage nach staatsbürgerlicher Beteiligung ist eine Leerstelle (es wird im Detail weder der Frage der Förderung staatsbürgerlicher Beteiligung noch der politischen Teilhabe am Integrationsprozess nachgegangen). Integration wird als ein „vertragsförmiger“ Prozess gesehen, in dem Regierungen kommerzielle Konzessionen abtauschen, nur eine minimale Institutionalisierung vorsehen und Promotoren der Globalisierung sind. Das Modell für die CEPAL war NAFTA.

Obwohl der „offene Regionalismus“ der CEPAL auf einer vornehmlich kommerziellen Vision beruhte, erlaubte seine Unschärfe in verschiedenen anderen Punkten letztlich auch in anderen Kontexten und aus anderen konzeptuellen Positionen heraus als Referenz zu dienen. Es entstand eine enorme Konfusion, in der lateinamerikanischen Regierungen das eine und andere Mal den „offenen Regionalismus“ bemühten, um unterschiedliche und zuweilen sogar widersprüchliche Positionen zu verteidigen, einschließlich in der Frage der Reform des *Washington Consensus*. In einigen Fällen war der „offene Regionalismus“ der CEPAL nicht nur funktional für den Neoliberalismus jener Zeit, sondern trieb diesen sogar voran, indem er auf gewissen Aspekten wie etwa der Handelsliberalisierung insistierte.

3. Vergessene Themen

Die konventionellen Analysen, für die möglicherweise das CEPAL-Konzept das beste Beispiel ist, lassen essenzielle Themen beiseite. Daher ist es notwendig, „vergessene Themen“ wieder aufzugreifen, sie zur Diskussion zu stellen und die Beziehungen zwischen ihnen sowie ihre Implikationen für die regionale Integration zu analysieren. Hierbei ist in Rechnung zu stellen, dass es erhebliche Veränderungen in der Struktur und Dynamik sowohl der politischen Gesellschaft als auch der Zivilgesellschaft gegeben hat.

Die relevanten Fragen wie die Erwartungen der Personen im Hinblick auf politische Prozesse, ihre eigene Rolle hierin, die möglichen Spielräume sowie die Entwicklungsstrategien, die vertreten werden, haben sich verändert. Diese Spielräume sind entscheidend für die Integrationsprozesse, da sie nicht allein die Bilder und Symbole der regionalen Integration hervorbringen, sondern auch die Entwicklungsoptionen bestimmen, die unter den Ländern abzustimmen sind.

4. Das neoliberale Erbe

In letzter Zeit wird behauptet, dass der Neoliberalismus gescheitert sei, und man schaut mit Optimismus auf eine „neue Linke“, die sich in Lateinamerika ausbreite. Hiefür werden sehr heterogene Indikatoren herangezogen

– von einigen Aufständen, die aus Initiativen der StaatsbürgerInnen herrühren, bis hin zu Wahlsiegen von Präsidentschaftskandidaten, die sich selbst als progressiv definieren. Die Verbindung von neoliberaler „Fehlschlag“ und dem Aufstieg der „neuen Linken“, so eine verbreitete These, ermöglichte eine Stärkung der Integrationsprozesse. Doch gibt es eine ganze Anzahl gegenläufiger Signale, die diesen Optimismus in Frage stellen.

Die Vorstellung einer vorgeblichen „Niederlage des Neoliberalismus“ ist einer Revision zu unterziehen. Es ist schon zutreffend, dass auf dem Gebiet der Parteipolitik und der Regierungsbildung in den letzten Jahren wenige konservative Kandidaten erfolgreich waren, welche die neoliberalen Konzepte der 1990er Jahre noch vertiefen wollten (wie Menem in Argentinien, José Serra in Brasilien, Guillermo Stirling in Uruguay und Ricardo Lavín in Chile). Es ist auch zutreffend, dass Meinungsumfragen eine zunehmende Unzufriedenheit mit einigen konventionellen Maßnahmen wie Privatisierung von Staatsunternehmen oder Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen zeigen.

Derzeit spricht man von einer progressiven lateinamerikanischen Achse: Lula da Silva in Brasilien, Néstor Kirchner in Argentinien, Hugo Chávez in Venezuela, Tabaré Vazquez in Uruguay und, zuweilen, Ricardo Lagos¹ in Chile. Die Regierungsprogramme berufen sich auf Ideen des Lagers der Linken und der linken Mitte - und manche der PolitikerInnen definieren sich auch selbst so - und alle setzen diskursiv einen Akzent bei der Integration.

Doch müssen wir auch in Rechnung stellen, dass das neoliberale Programm, das seit Mitte der 1980er Jahre in Lateinamerika entwickelt wurde, erhebliche Veränderungen in der Organisation des Staates, der politischen Dynamik, in der Rolle der StaatsbürgerInnen und in der Wirtschaft bewirkte. Man darf nicht vergessen, dass es fast zwei Jahrzehnte des Marktreformismus gab. Wenn man die Hauptforderungen der Weltbank aus den 1990er Jahren Revue passieren lässt, so muss man feststellen, dass sie fast alle erfüllt worden sind. Das gilt sogar für einige zurückgebliebene Sektoren, wie das Pensionssystem in Brasilien (siehe die Vorschläge in Burki et al. 1997, 1998, 1999). Es gab einen „Rutsch“ in Richtung konservativer Positionen, und was heute als „links“ oder „progressiv“ definiert wird, geschieht von deutlich anderen Referenzpunkten aus als vor zwei oder drei Jahrzehnten.

Diese Problematik ist in verschiedenen Fällen offensichtlich. Beispielsweise treibt die *Concertación por la Democracia* in Chile eine neue Gene-

ration von Liberalisierungsmaßnahmen bei den Arbeitsbeziehungen voran und betreibt die einseitige kommerzielle Öffnung bei gleichzeitig schwachen politischen Verpflichtungen innerhalb Lateinamerikas. Sie lässt den Grenzkonflikt mit Bolivien weiter köcheln. Vielleicht der dramatischste Fall ist die Regierung Lula in Brasilien. Denn ihre Wirtschaftspolitik ist konventionell, setzt die Ansätze Fernando Henrique Cardosos fort und akzentuiert sie sogar in einigen Fällen (wie der noch engeren Anlehnung an die IWF-Forderungen) weiter. Es gibt Besonderheiten im Fall der Regierung Lula, wie die Akzentsetzung bei der Expansion der Agroindustrie und eine verstärkte Konsultierung der Bevölkerung, aber die Maßnahmen, die auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Bildung und der Umwelt erhofft worden waren, haben keine angemessene Verwirklichung gefunden (andere Meinungen bekannter Analysten sind noch schärfer, z.B. Arruda 2005). In anderen Fällen sind Regierungen, die sich anfangs als links gaben, auf orthodoxe Positionen umgeschwenkt, wobei sie zuweilen die neoliberale Tagesordnung übernahmen (zum Beispiel Toledo in Peru und Gutiérrez in Ecuador). Im Gegensatz hierzu hat Argentinien andere Positionen in der Wirtschaftspolitik eingenommen. Die argentinische Regierung nahm eine eigenständigere Haltung gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen ein, suchte einige produktive Sektoren zu stärken, bemühte sich um eine politische Rekonfiguration und machte einige sehr positive Gesten auf dem Gebiet der Menschenrechte (siehe Smith/Korzeniewicz 1997; López Maya 1999; CEPAL 2001; García Linera et al 2001; Drake/Jaksic 2002; Lewkowicz 2002; Álvarez 2003).

Die wirtschaftlichen Determinanten scheinen sich der progressiven Aspirationen zu bemächtigen und die Tagesordnungen jenen Maßnahmen anzupassen, wie sie für die Regierungen der 1990er Jahre kennzeichnend waren. Als periphere Ökonomien konkurrieren die Länder untereinander um Absatzmärkte. Dies fragmentiert die Integrationsbestrebungen. Eine produktive Koordination gelingt nicht. Es wird vermieden, sich auf politisches Terrain zu begeben. Somit bleiben die Regierungen bei einem emotionalen, manchmal sogar großsprecherischen Diskurs für die Integration stehen und haben enorme Probleme, den Diskurs in die Praxis umzusetzen. Dies sind die Gründe für die Probleme innerhalb der Blöcke und für den Mangel an Koordination in der globalen Arena. Ein gutes Beispiel hierfür ist die fehlende Abstimmung der Mitgliedsstaaten des Mercosur in ihren Verhandlungen

mit China im Jahr 2004. Argentinien, Brasilien und Chile gingen die Gespräche einzeln an. Pekings Gesandte vermochten die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Angeboten auszunutzen, um größere Vorteile für sich herauszuschlagen.

5. Die Kultur des individuellen Konsums

Die kulturelle Dynamik hat sich ebenfalls substantiell geändert, denn ein privilegierter Teil unserer Gesellschaften konzentriert heute den Konsum und materiellen Besitz. Als Ausweis der Lebensqualität gilt der Zugang zu Gütern wie Elektrogeräten oder Autos und Dienstleistungen, die an den Privatsektor transferiert wurden. Die Interaktion im öffentlichen Raum ist zurückgegangen und die Privatsphäre wird betont. Viele Aktivitäten, die über die öffentliche Sphäre koordiniert wurden, sind durch kommerzielle, vertragsförmige Beziehungen ersetzt worden. Die Solidarität ist auf dem Rückzug und die Suche nach dem persönlichen Vorteil steht im Vordergrund.

Die soziale Verantwortung hat an Substanz eingebüßt. Es gibt eine Tendenz zum Assistentialismus, da die Umverteilungsmechanismen vom Markt her bekämpft werden (siehe Larraín 2000). Die städtische Gewalt und das Gefühl der Unsicherheit sind in vielen Städten auf dem Vormarsch und damit auch die Sehnsucht nach einem System polizeilichen Schutzes. Die Rolle des Staatsbürgers als aktives Subjekt der Politik erodiert ebenfalls infolge individualistischer Haltungen, die von einem Rollenverständnis als KonsumentIn geprägt sind, bei dem es eher um den persönlichen Vorteil als um die Suche nach dem Allgemeinwohl geht.

Ein relevanter Teil der Bevölkerung hat sich während bestimmter Zeiträume in den 1990er Jahren eines hohen Konsumniveaus erfreut. Dieses resultierte aus der Außenöffnung und dem Zustrom billig importierter Waren. Damit haben sich auch die Annahmen über Lebensqualität und Befriedigung mittels Konsum stark gewandelt (siehe García Canclini 1999). Selbst in den ärmsten Sektoren haben sich die Konsumerwartungen verändert. Beispielsweise entstand dort der Wunsch, sich Sportschuhe zu kaufen, die stark beworben worden waren. Diese Art von Faktoren hat einen Einfluss darauf, welche politischen Optionen für Regierungen als möglich erscheinen. Jedwede Maßnahme eines alternativen Integrationsansatzes, die

den Luxuskonsum beeinträchtigt, muss mit negativen Reaktionen nicht nur des Handels, sondern auch von breiten Sektoren der Bevölkerung rechnen. Viele Leute erhoffen sich vom „Freihandel“ ihr eigenes Auto oder DVD-Abspielgerät zu niedrigen Preisen zu erhalten. Daher löst jede Intervention in diese Handelsflüsse Reaktionen verschiedenster Sektoren aus.

6. Die Politik auf dem Rückzug

Somit ist der Markt zu einer Schlüsselarena der sozialen Interaktion geworden, die auch Bereiche umfasst, bei denen der Staat zuvor eine führende Rolle spielte. Zumindest eine Generation ist unter den Bedingungen des neoliberalen Programms sozialisiert worden, durch das die Politik, hier verstanden als öffentliche Deliberation über das Allgemeinwohl, beschnitten wurde.

Viele Leute stehen der Politik mit Misstrauen gegenüber (ein Extremfall ist Chile, wo zahlreiche Jugendliche sich nicht in das Wahlregister eintragen lassen). Die kollektiven Angelegenheiten wurden zu einer fremden Sache, bei der merkantile „Managementpraktiken“ im Vordergrund standen, nur unzulängliche Ergebnisse erzielt wurden und es in nicht wenigen Fällen zu korrupten Praktiken kam. Dieser Rückzug auf die Privatsphäre erklärt zum Teil das Phänomen der demokratischen Delegation mit ihrer Akzentuierung der präsidentialistischen Züge des politischen Regimes mit Regierungen, die autoritärer und noch weiter von den StaatsbürgerInnen entfernt sind. Die politischen Parteien haben an Bedeutung eingebüßt. Dies hat auch negative Konsequenzen für die Projekte regionaler Integration. Beispielsweise gibt es in der Europäischen Union regionale Gruppierungen von ideologisch verschwisterten Parteien (dies ist der Fall bei sozialdemokratischen oder liberalen Parteien, die ihre Positionen miteinander abstimmen und Fraktionen im Europäischen Parlament bilden usw.). Ein vergleichbarer Prozess ist in Lateinamerika wegen der inneren Probleme der Parteien, den Hindernissen für eine regionale Koordination und auch wegen der Schwierigkeiten, gemeinsame ideologische Grundlagen zu finden, nicht in Gang gekommen (diese lassen sich im Fall des Mercosur an inneren Differenzen des Peronismus, der Hauptstütze der Regierung Kirchner, und am Fall der *Partido dos Trabalhadores* von Lula da Silva illustrieren).

Die Entleerung der Politik durch die Kultur des individuellen Konsums hat grundlegende Probleme nicht gelöst. Gesellschaftliche Sektoren, die aus dem politischen Geschehen ausgeschlossen sind, haben in einigen Fällen - wie den *Indigena*- und Bauernaufständen in den andinen Ländern - reagiert, indem sie sich ihre Rolle als StaatsbürgerInnen wieder angeeignet haben.

7. Der Verlust der Souveränität

Die Versuche einer regionalen Konzertierung erfolgen im Kontext einer überwältigenden kapitalistischen Globalisierung, die auf verschiedenen Ebenen von der Ökonomie bis zur Kultur abläuft und somit die möglichen Handlungsoptionen der lateinamerikanischen Staaten bestimmt. Diese Globalisierung weist bekannte Symptome wie die steigende Präsenz transnationaler Konzerne oder die Ausbreitung bestimmter kultureller Normen auf. Sie ist Gegenstand vieler Studien und Vorschläge zur Reaktion auf dieses Phänomen (siehe Beck 1998; Ianni 1999; Giddens 2000; Stiglitz 2002; Dos Santos 2004). Im Hinblick auf eine lateinamerikanische Integration ist es wichtig, einige - nicht immer so offensichtliche - Aspekte der aktuellen Globalisierung im Blick zu behalten.

Die Souveränität wird im Hinblick auf ihre praktischen Aspekte re-definiert. Die Länder behielten bestimmte Formen der formalen Souveränität (beispielsweise die Ausgabe von Personalausweisen und Pässen, die Emission von Geldscheinen, den Erlass von Lehrplänen) bei, andere Funktionen wurden aber beschnitten, verblassten oder wurden an einen transnationalen Raum übertragen.

Der offensichtlichste Fall sind die ernsthaften Beschränkungen für die Formulierung einer autonomen nationalen Wirtschaftspolitik. Diese wird von Akteuren wie dem Internationalen Währungsfonds (mittels der *Letters of Intent* und anderer Abkommen), der Weltbank (mittels Verpflichtungserklärungen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik und der Strukturangepasstungskredite), der Welthandelsorganisation (mittels Regeln für den Handel oder intellektueller Eigentumsrechte u.ä.) oder Ratingagenturen (wie Moody's oder Standard & Poor's) konditioniert. Die Weltbank - und hinter ihr die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) - mischen sich in allen Ländern ein, schaffen neue Bildungs- und Gesundheitssysteme, ein neues

Herangehen an Fragen der öffentlichen Sicherheit, modifizieren die Aktivitäten der Gemeinden, betreiben die Privatisierung der sozialen Sicherung usw.. In allen Fällen tun sie dies aus der Perspektive, Marktinstrumente zu fördern. Auf dem Gebiet der nationalen und regionalen Sicherheit ist der Einfluss der Vereinigten Staaten unübersehbar. Die offensichtlichsten Fälle sind die Präsenz der DEA (Anti-Drogen-Agentur) in vielen Ländern und die Existenz von Militärstützpunkten. Die derzeitigen regionalen Integrationsprozesse haben diesen Souveränitätsverlust nicht aufhalten können und haben ihn in einigen Fällen (wie dem Fall Mexikos in der NAFTA) sogar noch beschleunigt.

Unterdessen verdecken die Regierungen den Verlust an realer Souveränität und beschränken sich darauf, auf der Klaviatur der formalen Souveränität zu spielen. Man kann Scharmützel beobachten, bei denen vorgegeben wird, die Souveränität im Rahmen der regionalen Integration zu verteidigen, während man in Wirklichkeit zugeben müsste, dass jedes unserer Länder wegen des substanziellen Souveränitätsverlustes nur sehr beschränkte Spielräume hat. Man darf die regionale Integration nicht aus dem Blickwinkel der (formalen) Souveränität angreifen, denn diese ist die einzige wirkliche Möglichkeit zur Rückgewinnung der (realen) Souveränität. Um gegen die Modalitäten, die von internationalen Institutionen abgestimmt werden, anzugehen, ist es notwendig, zwischen Ländergruppen gemeinsame Positionen abzustimmen. Ein Land allein kann leicht aus internationalen Märkten oder Investitionskreisläufen ausgeschlossen werden. Die Erfolgchancen steigen deutlich, wenn eine Ländergruppe sich bei ihren internationalen Forderungen abstimmt und gegenseitig wirtschaftlich stützt. Man erinnere sich nur an die Diktate und die mühsamen Verhandlungen, mit denen sich Argentinien während seiner partiellen Einstellung des Schuldendienstes konfrontiert sah. Der ganze Prozess hätte anders ablaufen können, hätte das Land die Unterstützung seiner Mercosur-Partner gegenüber dem IWF gehabt. Es ist denkbar, dass in diesem Fall neue Regeln hätten durchgesetzt werden können, die auch für andere hoch verschuldete Länder des Kontinents günstig gewesen wären.

8. Waren und Produktionsregeln

Eine Eigenheit der derzeitigen Globalisierung ist auch die Festschreibung neuer Regeln für produktive Prozesse. Tatsächlich werden Regulierungen von der Aneignung von Ressourcen über die Verarbeitung bis hin zu den Vermarktungsformen angewandt. In dieser Phase der Globalisierung drehen sich die substanziellen Konflikte nicht um das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern um die Durchsetzung von damit zusammenhängenden Regeln. Die berüchtigtsten Fälle sind die neuen Regeln über Investorenrechte oder die Ausweitung der Begrifflichkeit der „Dienstleistung“. In einem simultanen Prozess werden verschiedene Elemente zu „Waren“ erklärt und fallen damit unter die Handels- und Investitionsregeln, deren Geltungsbereich auf neue Gebiete ausgeweitet wird. Ein bezeichnendes Beispiel ist der Versuch zur Durchsetzung der „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerbspolitik, Transparenz bei der öffentlichen Auftragsvergabe und Handelserleichterungen) in der Welthandelsorganisation.

Diese Globalisierung setzt eine bestimmte Form der Regulierung der kapitalistischen Produktion und der Kapitalflüsse durch. Die produktiven Einheiten stehen in einem scharfen Wettbewerb untereinander, die Effizienz konkretisiert sich in den Profitraten, die Konflikte werden über Marktinstrumente geschlichtet, wobei die sozialen und ökologischen Externalitäten ignoriert werden. Die Konkurrenz der Nationalstaaten wird in Funktion zu diesen Regeln re-definiert. Eine der Folgen ist, dass Schlüsselkonflikte jenseits staatlicher Kompetenzen bearbeitet werden, wie beispielsweise beim Schiedsgericht der Weltbank (CIADI).

Dieser Prozess ist umso tiefgreifender, heimtückischer und umfassender als er sich innerhalb unserer eigenen Länder reproduziert. Die neuen Produktionsregeln schaffen neue Subjektivitäten, was Auswirkungen auf die kulturellen Normen hat (Hardt/Negri 2002). Auf diese Weise erfolgt die Verteidigung dieses „Freihandels“ und das Betreiben von Abkommen nach Art der ALCA nicht allein in Washington, sondern diese finden ein Echo bei großen transnationalen lateinamerikanischen Unternehmen, vielen Regierungen (mit Chile und Kolumbien als den klarsten Fällen) und akademischen Lehrstühlen.

9. Weiche Integration und produktive Desintegration

Was ist das Ziel der Integration? Oder mit anderen Worten: Warum wollen wir eine engere Bindung zwischen den Ländern Lateinamerikas? In der Vergangenheit antwortete man mit dem Verweis auf die Befreiung und die Autonomie der Völker. Heute wird mit dem Hinweis auf das Handelswachstum geantwortet. Es ist offensichtlich, dass eine Beschränkung auf das Handelsargument nicht ausreichend ist und sich wahrscheinlich als funktional für konventionelle Freihandelsabkommen erweisen wird. Eine angemessene Antwort muss andere Dimensionen einbeziehen, die ebenfalls die Integration beeinflussen. Zu ihnen zählen kulturelle Normen, welche die Erwartungen an die Lebensqualität definieren; oder auch die politische Sphäre, die eine Koordinierung der produktiven Strategien ermöglicht. Aus dieser Perspektive ist es unerlässlich, die „vergessenen Themen“ einzubeziehen.

Die Argumente und Fakten, die wir in den vorherigen Abschnitten präsentiert haben, zeigen auf, dass viele der neoliberalen Reformen, die in der Region realisiert wurden, substanzielle Veränderungen hervorgerufen haben, welche eine erhebliche Begrenzung für die Integrationsprozesse bedeuten. Die derzeitige Globalisierung zementiert und vertieft vielfach diese Veränderungen. Unsere Länder sind weiterhin in einem peripheren Kapitalismus gefangen, in dessen Rahmen sie ähnliche Produkte anbieten und damit auf den globalen Märkten in Wettbewerb treten. Unter diesen rigiden Bedingungen sind die Ansätze einer effektiven Integration sehr begrenzt und die Schwächung des politischen Raumes verhindert es auch, bei den StaatsbürgerInnen Rückendeckung für reale Alternativen zu suchen.

Die realen derzeitigen Bedingungen wirken sogar in eine entgegengesetzte Richtung. Sie bewirken eine produktive Desintegration. Den Ländern gelingt es nicht, ihre Produktionssphären miteinander zu verbinden. Sie konkurrieren untereinander sowohl bei den Exporten als auch beim Buhlen um Auslandsinvestitionen. Das Problem verschärft sich noch dadurch, dass Handelskonflikte um Zölle, Herkunftszeugnisse oder den Anteil nationaler Wertschöpfung nicht die Essenz, sondern das Epiphänomen der Integrationsprobleme darstellen. Die Beschränkungen sind in viel substanzielleren Angelegenheiten – wie der Ablehnung der Supranationalität, der Unfähigkeit zur Definition einer regionalen Politik oder dem Wesen der Entwick-

lungsstrategie – eingeschrieben und stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang mit den „vergessenen Themen“.

Selbst innerhalb des Mercosur, wo es derzeit eine politische Nähe zwischen fast allen Regierungen gibt, tragen die real verfolgten Politiken nicht zu einer Integration bei und werden die Spannungen nicht gelöst. Tatsächlich wächst der Block mittels Abkommen auf kommerzieller Ebene, die keine politischen Verpflichtungen schaffen. Dieser „schwachen Expansion“ haben sich Chile, Bolivien und Peru (in Form von Assoziationsabkommen, Anm. d.Ü.) angeschlossen. Auf diese Weise sind assoziierte Länder geschaffen worden, was optimistische Erklärungen nährt, aber die politische Identität des Mercosur schwächt. Diese Spannung zwischen der „schwachen Integration“ und der politischen Schwächung erklärt, warum man nicht zu einem Abkommen über ein Protokoll von Ouro Preto II (über institutionelle Reformen, Anm.d.Ü.) hinaus kommt. Auf anderen kritischen Feldern gibt es keine substanzielle Abstimmung.

In ihren aktuellen Formaten ist die regionale Integration keine Antwort auf die realen Probleme der Region. Es handelt sich um eine „weiche Integration“, die zwischen verschiedenen Versuchen und unterschiedlichen konzeptuellen Rahmen fluktuiert. Gerade ihr flexibler Charakter bewirkt, dass keine verpflichtenden politischen Abkommen zwischen den Ländern erreicht werden. Hingegen besteht parallel ein sehr rigides kommerzielles Gerüst, das durch die kapitalistische Dynamik entsteht. Diese Rigidität hat eine weit tiefere, determinierende Kraft auf die realen Integrationsprozesse der Region. Die derzeitigen Handelsregeln begünstigen nicht notwendigerweise die Integration, sondern verhindern in einigen Fällen – wenn sie unter dem Format von Freihandelsabkommen angewandt werden - sogar eine Annäherung zwischen den Ländern, indem sie den Handelswettbewerb fortschreiben oder sogar anheizen (Gudynas 2005).

Auf diese Weise wird die Integration, die wir real leben, zu einer Reihe von Symbolen und Gesten, schafft es aber nicht, die wirtschaftliche Dynamik, die in die gegenläufige Richtung der Desintegration mit einem ständigen Wettbewerb der Länder und Unternehmen geht, zu bremsen oder umzukehren. Vielleicht wurden die ambitioniertesten Symbole mit der Formierung der *Comunidad Sudamericana de Naciones* im Jahr 2004 in Cusco (Peru) bemüht. Wenn man über die Schlagzeilen in der Presse hinausgeht, stellt man fest, dass das Dokument, welches die Regierungen unterzeich-

neten, in Wirklichkeit eine vage Erklärung ist, in welcher der Beginn eines Verhandlungsprozesses über eine künftige Assoziierung verlautbart wird. Aber selbst in diesem Moment wurden die Spannungen sichtbar, denn drei Präsidenten von Mercosur-Ländern nahmen wegen fehlender Übereinstimmung mit Brasilien nicht an dem Gründungsakt teil. Ein ähnliches Problem wird im Verhältnis zwischen dieser *Comunidad* und der Initiative einer *Aplicación de la Alternativa Bolivariana para las Américas* (ALBA) durch Cuba und Venezuela aufgeworfen.

10. Autonomie und politische *Citoyenneté* in einem neuen Regionalismus

Das Wiederaufgreifen der „vergessenen Themen“ bringt ein neues Programm für Analysen und Debatten im Hinblick auf eine Neukonzeptualisierung der regionalen Integration hervor. Es ist nun möglich, einige der zentralen Punkte zu nennen, um auf die Probleme, die wir im Artikel aufgeworfen haben, eine Antwort zu finden. An erster Stelle ist es von fundamentaler Bedeutung, die Autonomie wiederzugewinnen. Dieses Ziel ist essenziell sowohl für die Re-Positionierung auf internationaler Ebene als auch auf Grund der Notwendigkeit eines Wechsels der Entwicklungsstrategie. Die Autonomie ist von Schlüsselbedeutung, um die Abhängigkeit von Primärgüterexporten zu durchbrechen und die Konditionalitäten beiseite zu schieben, die mit der Auslandsverschuldung zusammenhängen. Sie ist unerlässlich für die Kontrolle der Kapitalflüsse und die Wiedergewinnung der wirtschaftspolitischen Initiative. Die Autonomie ist das Fundament, um mit der Wiedergewinnung der Souveränität zu beginnen. Mit anderen Worten geht es darum, die souveränen Kapazitäten wiederzuerlangen und das Schicksal unserer Nationen zu bestimmen.

Zweitens ist die regionale Integration aus der veränderten Optik eine notwendige Bedingung zur Erlangung der Autonomie. Tatsächlich ermöglicht ein koordiniertes Vorgehen den Ländern eine Stärkung ihrer Position in internationalen Verhandlungen, erweitert ihren Handlungsspielraum gegenüber globalen Institutionen und mindert die Abhängigkeit, sofern wirtschaftliche Bindungen geschaffen werden. Aus diesem Grund wird das Format eines „autonomen Regionalismus“ vorgeschlagen, bei dem Abkommen

wie CAN oder Mercosur ermöglichen würden, Autonomie auf nationaler wie regionaler Ebene wiederzuerlangen. Im Gegensatz zum „offenen Regionalismus“ der CEPAL strebt der „autonome Regionalismus“ eine Re-Positionierung gegenüber der Globalisierung an, um die Bedingungen der Unterordnung abzustreifen. Er erfordert eine starke produktive Koordinierung.

Drittens ist es offensichtlich, dass dieser „autonome Regionalismus“ unter den gegenwärtigen Entwicklungs- und Handelsstrategien nicht möglich ist. Die Politiken müssen einem drastischen Wandel unterzogen werden, der die Lebensqualität an die erste Stelle setzt und nicht allein die Exportsteigerung. Die Abhängigkeit vom Rohstoffexport außerhalb der Region muss beendet werden. Hier eröffnet ein neuer Regionalismus ebenfalls Alternativen. Tatsächlich können Produktion und Handel auf den regionalen Bedarf re-orientiert werden, womit stärkere Komplementaritäten und die Schaffung produktiver Ketten gefördert würden. Es hat einzelne Versuche in diese Richtung gegeben (beispielsweise die Präsenz chilenischer Firmen in verschiedenen andinen Ländern), diese waren aber niemals Teil einer bewussten Förderung einer produktiven Verkettung oder gemeinsamer regionaler Politiken. Aus dieser Sicht wäre der regionale Handel nicht „rigide“, sondern flexibel im Sinne der Förderung regionaler Interessen, wobei die Abdeckung des regionalen Bedarfs an Nahrungsmitteln, Energie und grundlegenden Ressourcen zur Steigerung der Lebensqualität und Minderung der Armut die erste Priorität hätte.

Das Konzept des „autonomen Regionalismus“ strebt starke Verpflichtungen auf dem Gebiet der produktiven Verkettung an. Hierbei sind regionale Sektorpolitiken von großer Bedeutung. Aus dieser Sicht müssten regionale Blöcke mit der Diskussion regionaler Politiken in Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft und Energie beginnen. Eine solche Integration ist nicht möglich, wenn überkommene Muster von Hierarchie und Unterordnung fortgeschrieben werden, bei denen ein großes Land dem kleinen Bedingungen aufzwingt (beispielsweise ist ein Regionalismus unter der Führung Brasiliens inakzeptabel, der sich auf die Unterordnung und Konditionalitätsakzeptanz seiner Nachbarn stützt). Daher würde der „autonome Regionalismus“ zweifellos den regionalen Handel potenzieren, wobei die relative Größe der Ökonomien Konsequenzen hätte, aber er wäre auch ein politischer Prozess, der sich auf andere Logiken jenseits der Ökonomie stützte. Dieser Regionalismus setzt auf die Integration als Prozess und verwechselt

diese nicht mit einem reinen Freihandelsabkommen (siehe Gudynas 2005 zum Unterschied zwischen Freihandelsabkommen und Integrationsprozessen).

Damit kommen wir zum vierten Punkt, der sich auf die politische Rekonstruktion und die Schaffung regionaler politischer *Citoyenneté* (im Text heißt es „*ciudadanía*“, was aber nicht adäquat ins Deutsche zu übersetzen ist, Anm.d.Ü.) bezieht. Tatsächlich erfordert der „autonome Regionalismus“ eine Rekonstruktion der politischen Räume, die dem Integrationsprozess ausgehend von einer ProtagonistInnenrolle der StaatsbürgerInnen eine neue Substanz gäbe. Nicht alles ist Individualismus, es gibt auch Beispiele von Solidarität und Hingabe, die es zu fördern gilt: Der Widerstand, der eine politische Protagonistenrolle wiedergewinnen will, müsste geschützt statt angegriffen werden, Räume der Partizipation müssten unterstützt werden. Der Neoliberalismus hat einen starken Einfluss auf den Niedergang des politischen Lebens und huldigt dem Individualismus. Daher ist die Wiederbelebung solcher politischer Räume eine der wirksamsten Formen, um dieses Erbe zu überwinden.

Die regionale Integration muss re-politisiert werden, wobei sie die regionalen Räume für die Formulierung gemeinsamer Politiken stärkt und auf die Schaffung regionaler politischer Vertretungen mit realen Kompetenzen zielt. Es ist notwendig, auf die StaatsbürgerInnen als politische AkteurInnen, die Interesse am regionalen Allgemeinwohl haben, zählen zu können und einen weiteren Schritt auf die regionale *Citoyenneté* hin zu gehen. Dies bedeutet beispielsweise die Idee eines Parlaments für den Mercosur zu unterstützen; allerdings sollte dies im Unterschied zu den aktuellen Vorschlägen, die nur eine beratende Rolle vorsehen, mit gesetzgeberischen Kompetenzen ausgestattet sein. Parallel sollte man der Idee von repräsentativen Komitees für die Verwaltung von Grenzregionen oder Regionen, an denen zwei oder mehr Länder Anteil haben, nachgehen. Ein konkretes Beispiel könnte ein „Komitee von *Citoyens*repräsentantInnen“ für das obere Amazonasbecken sein, an dem Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien Anteil haben. Die lokalen Gemeinschaften könnten direkt an der Verwaltung der Ressourcen teilhaben und würden damit nicht weiter den Entscheidungen der Hauptstädte unterliegen, die sich untereinander nicht abstimmen und Unternehmungen mit hohen sozialen Kosten und geringem Beitrag zum lokalen Wohlstand genehmigen. Die Stärkung politischer Strukturen ist auch

notwendig zur Schaffung supranationaler Normen. Bis jetzt ist die Supranationalität von fast allen Ländern mit Misstrauen gesehen worden. Abseits der Diskurse über eine regionale Union wurde sie in der CAN bekämpft und erfuhr im Mercosur nie eine Konkretisierung. Aus Sicht des „autonomen Regionalismus“ ist die Supranationalität kein Problem, sondern ein Mittel zur Re-Politisierung der Integration und zur Abstützung regionaler Politiken. Es ist an der Zeit, an erster Stelle supranationale Normen und koordinierte Politiken auf dem Gebiet von Landwirtschaft oder Energie zu schaffen, um auf vernünftige Weise die immer knapperen und wertvolleren Ressourcen zu bewirtschaften und sie entsprechend den regionalen Notwendigkeiten neu auszurichten. In der Folge sollten Supranationalität und produktive Komplementarität Bedingungen für eine reale makroökonomische Koordinierung, eine gemeinsame Positionsbestimmung gegenüber internationalen Finanzinstitutionen und gemeinsame Mechanismen der Kontrolle volatilen Kapitals schaffen.

Das Konzept des „autonomen Regionalismus“ ist eine Idee im Werden, bei der es schon einige Fortschritte gibt, die aber in anderen Bereichen noch detaillierterer Ausführungen bedarf. Es ist ein Weg, der im Gegensatz zu den traditionellen handelsbezogenen Perspektiven darauf zielt, die Rolle eines rein peripheren Akteurs abzustreifen, der sich entsprechend dem Auf und Ab der Preise bewegt und den Missionen der internationalen Finanzinstitutionen Folge leistet. Es ist ein Weg, wieder Subjekt zu werden.

Übersetzung aus dem Spanischen: JOACHIM BECKER

Literatur

- Álvarez, Chacho (Hg., 2003): *La Argentina de Kirchner y el Brasil de Lula*. Buenos Aires: CEDES, Cedec, Prometeo.
- Arrighi, Giovanni (1998): *A ilusão do desenvolvimento*. Petrópolis: Vozes.
- Arruda, Sampaio P. (2005): ¿Qué ha cambiado en Brasil después de Lula? In: *El Juguete Rabioso*, La Paz (Nr. 124), 12-13.
- Beck, Ulrich (1998): *¿Qué es la globalización?* Barcelona: Paidós.
- Birch, Melissa H./Haar, Jerry (Hg., 1997): *The Impact of Privatization in the Americas*. Miami: North Center Press.
- Burki, Shahid Javed/Perry, Guillermo E. (1997): *The long march: A reform agenda for Latin America the Caribbean in the next decade*. Washington: World Bank.

- Burki, Shahid Javed/Perry, Guillermo E. (1998): Más allá del Consenso de Washington: la hora de la reforma institucional. Washington: Banco Mundial.
- Burki, Shahid Javed/Perry, Guillermo E./Dillinger, William (1999): Beyond the center: decentralizing the state. Washington: World Bank.
- CEPAL (1994): El regionalismo abierto en América Latina y el Caribe. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2001): Una década de luces y sombras: América Latina y el Caribe en los años noventa. México: Alfaomega, CEPAL.
- Cockcroft, James D. (2001): América Latina y Estados Unidos. México: Siglo XXI.
- Drake, Paul/Jaksic, Iván (Hg., 2002): El modelo chileno: Democracia y desarrollo en los noventa. Santiago de Chile: LOM.
- Devés Valdéz, Eduardo (2003): El pensamiento latinoamericano en el siglo XX. Buenos Aires: Tomo II. Biblos.
- Dos Santos, Theotonio (Hg., 2004): Globalização. Dimensões e alternativas. São Paulo: PUC Rio, Loyola.
- García Canclini, Nestor (1999): La globalización imaginada. Buenos Aires: Paidós.
- García Linera, Alvaro et al. (2001): Tiempos de rebelión. La Paz: Muela del Diablo.
- Giddens, Anthony (2000): Un mundo desbocado: Los efectos de la globalización en nuestras vidas. Madrid: Taurus.
- Gudynas, Eduardo (2004): El ALCA se marchita pero florecen los tratados de libre comercio. In: Gudynas, Eduardo/Acosta, Alberto (Hg.): Libre comercio: mitos y realidades. Quito: ILDIS, D3E, AbyaYala, 233-257.
- Gudynas, Eduardo (2005): Dos caminos distintos: tratados de libre comercio y procesos de integración. In: Acosta, Alberto/Falconi, Fander (Hg.): TLC - Más que un tratado de libre comercio. Quito: ILDIS, FLACSO, 41-62.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Imperio. Buenos Aires: Paidós.
- Ianni, Octavio (1999): La era del globalismo. México: Siglo XXI.
- IISD/WWF (2001): Private rights, public problems: A guide to NAFTA's controversial chapter on investor rights. Manitoba: IISD, WWF.
- Larraín, Jorge (2000): Identity and modernity in Latin America. Cambridge: Polity.
- Lewkowicz, Ignacio (2002): Sucesos argentinos: Cacerolazo y subjetividad postestatal. Buenos Aires: Paidós.
- López Maya, Margarita (Hg., 1999): Lucha popular, democracia, neoliberalismo: protesta popular en América Latina en los años de ajuste. Caracas: Nueva Sociedad.
- López Villafañe, Víctor/Di Masi, Jorge Rafael (Hg., 2002): Del TLC al Mercosur: Integración y diversidades en América Latina. Argentina: Siglo XXI.
- Martins, Carlos Eduardo (2005): Neoliberalismo e desenvolvimento na América Latina. In: Reinoso, Estay J. (Hg.): La economía mundial y América Latina. Buenos Aires: Clacso.
- O'Donnell, Guillermo (1997): Contrapuntos: Ensayos escogidos sobre autoritarismo y democratización. Buenos Aires: Paidós.

Smith, William C./Korzeniewicz, Roberto Patricio (Hg., 1997): Politics, social change, and economic restructuring in Latin America. Miami: North South Center Press.

Stiglitz, Joseph E. (2002): El malestar en la globalización. Buenos Aires: Taurus.

US (2002): The national security strategy of the United States of America. Washington: The White House.

Abstracts

Der Pro-Integrationsdiskurs hat in Lateinamerika jüngst deutlich an Bedeutung gewonnen. Doch sind die realen Integrationsfortschritte sehr begrenzt. Viele der Begrenzungen rühren aus der neoliberalen Transformation der letzten drei Jahrzehnte her. Diese sind auch Hindernisse für die Entwicklung und Durchsetzung von Alternativkonzeptionen. Als eine solche Alternative wird das Konzept des autonomen Regionalismus vorgestellt.

The pro-integration discourse recently has gained considerable ground in Latin America. Nevertheless, real progress is limited. Many of these limitations originate from the neo-liberal transformation of the last three decade. They are important obstacles to the development of alternative approaches to integration. As an alternative to mainstream approaches to regional integration the concept of autonomous regionalism is presented.

Eduardo Gudynas
CLAES
Casilla de Correo 13125
11700 Montevideo, Uruguay
claes@adinet.com.uy

¹ Heute wäre das auf Michelle Bachelet anzuwenden; Anmerkung des Übersetzers.